

# Gemeinderat gegen Schließung des Bahnüberganges Fischergasse

4.3.75

**-m- Nackenheim.** Einstimmig verweigerten die Ratsmitglieder in öffentlicher Sitzung die Zustimmung zur Schließung des schienengleichen Bahnüberganges in der Fischergasse. Der Rat sieht die derzeitigen Bedingungen der Deutschen Bundesbahn zum Einbau der Sicherheitseinrichtungen sowie der Beseitigung der Übergänge als nicht akzeptabel an. In gleicher Sache sollen weitere Verhandlungen mit der Bundesbahndirektion Frankfurt/Main geführt werden.

Bürgermeister Gerhard Krämer führte zu den jüngsten Gesprächen in Frankfurt aus, auch beim Einbau der Sicherheitseinrichtungen, die die Schranken von den Signalen abhängig mache, halte sich die Bundesbahn an das bestehende Kreuzungsgesetz. Die Gemeinde müsse hierzu einen Betrag von 44 000 Mark aufbringen. Wenn Nackenheim bereit wäre, auf den Übergang in der Fischergasse ganz zu verzichten, übernehme die DB auch diesen Betrag.

Bürgermeister Gerhard Krämer hob in diesem Zusammenhang hervor, die Deutsche Bundesbahn müsse nach seiner Ansicht hier etwas mehr tun. In Frankfurt habe man ihm erklärt, ein Übergang verursache jährlich an Sach- und Personalkosten rund 120 000 Mark. Die Unterführung in der Fischergasse würde nach den Plänen frühestens in fünf bis sechs Jahren fertiggestellt. Dies sei eine Einsparung, wenn man die Zinsen noch hinzu rechne, von rund 700 000 Mark. Die Eisenbahn biete allerdings nur ganze 44 000 Mark als Anteilsbetrag für den Einbau der Sicherheitseinrichtungen an. Auch hierzu sei es der DB schwer gefallen, ja zu sagen. Sie habe außerdem der Kommune Vorwürfe wegen der schleppenden Bearbeitung gemacht. Weitere Zugeständnisse seien nach dem Gesetz nicht möglich.

Das Verbandsobershaupt bezweifelte in diesem Zusammenhang, ob es sich die DB leisten könne, so leichtfertig mit dem Geld umzugehen. Wenn die Fischergasse noch fünf Jahre offen bleibe, bringe das Kosten in Höhe von rund 600 000 Mark. Was Nackenheim gefordert habe, sei

lediglich eine höhere Entschädigung für den Anteilsbetrag zum Bau der Unterführungen. Ein Angebot von 44 000 Mark sei zu gering. Ratsmitglied Richard Speckenhauer (SPD) betonte, wegen der Sicherheitseinrichtung befinde man sich in einer prekären Lage. Man müsse sich fragen, ob diese hohe finanzielle Aufwendung überhaupt noch zu vertreten sei, wenn der Bau einer Unterführung bevorstehe. Nackenheim sei keineswegs verantwortlich für die Sicherheit auf den Schienen. Die Kommune sei bis über die Ohren verschuldet, deshalb könne man nicht leichtfertig mit den Steuergeldern umgehen. Vorerst dürfe man keiner Schließung von Bahnübergängen zustimmen. Die Deutsche Bundesbahn wolle Nackenheim billig abspesen, erklärte Ratsmitglied Günter Zerbe. Man solle nun schnell zu einem Ergebnis kommen und eine Unterführung bauen. Dort wo die schienengleichen Übergänge bleiben, müsse man die Sicherungsanlagen einbauen.

Ratsmitglied Franz Josef Bernard (CDU) hob hervor, man stehe jetzt vor der gleichen Situation wie vor sechs Monaten. Es sei ein mageres Ergebnis, das man bis jetzt erzielt habe. Es sei eigenartig, daß die Bundesbahn das Angebot, die Fischergasse zu schließen, nicht honoriert habe. Man solle noch einmal prüfen, ob man an anderer Stelle doch noch zu einer günstigeren finanziellen Lösung kommen könne. 44 000 Mark zu einer halben Million stünden in keinem Verhältnis. Unter allen Umständen müsse das Äquivalent dem Beitrag der Gemeinde entsprechen. Eine „Erpressung“ komme nicht in Frage. Deshalb bleibe auch der Übergang Fischergasse offen.